

Fragebogen Verkehrswende.at

Die Zusammenführung der Verantwortlichkeiten zur Befriedigung von Mobilitätsbedürfnissen, der entsprechenden Verkehrsinfrastruktur und der Eindämmung der diesbezüglichen Auswirkungen auf Umwelt und Klima war ein zentraler erster Schritt, um ganzheitliche Lösungskonzepte im Verkehrssektor zu entwickeln und wesentliche Voraussetzungen zu schaffen, um Österreich auf Klimakurs zu bringen.

Frage 1: Wie werden Sie mit diesem zentralen Erbe der jetzigen Bundesregierung umgehen und welche weiteren Schritte planen Sie in der Ressortzuständigkeit, um eine Verkehrswende in Österreich zügig voranzubringen?

Die Notwendigkeit einer ambitionierten, ganzheitlichen Mobilitätspolitik als wesentlicher Pfeiler der Klimapolitik wird in der nächsten Legislaturperiode um nichts geringer sein als in der aktuellen. So gilt es beispielsweise, die Rekordzahl an Klimagesetzen, die in den letzten Jahren auf europäischer Ebene verabschiedet wurden, umzusetzen. Eine Regierungsbeteiligung von NEOS gibt es nur mit einer zukunftsgerichteten Klima- und Mobilitätspolitik, unabhängig davon wie die exakte Zusammensetzung der Ministerien in Zukunft aussieht.

Die Folgen von Umweltzerstörung und Klimaerhitzung sind für jeden heute erwachsenen Menschen unübersehbar, und das sogar innerhalb der eigenen Lebenszeit.

Jede heute geplante Infrastruktur hat Auswirkungen auf Generationen und bewirkt schlimmstenfalls, dass Menschen schon in wenigen Jahrzehnten endgültig ihrer Lebensgrundlagen beraubt sein werden.

In heutigen Genehmigungsverfahren werden mit üblichen Planungshorizonten über wenige Jahre solche mittel- bis langfristigen Schadwirkungen ausgeblendet und bleiben daher weitgehend unberücksichtigt^[1]. Tatsächlich aber müsste bei jedem einzelnen Infrastrukturprojekt darauf geachtet werden, dass dieses auch über Generationen hinweg einen überwiegenden Nutzen zeitigt.

Frage 2: Wie stellen Sie sicher, dass Ihre Entscheidungen die Interessen heutiger Kinder und kommender Generationen wahren? Bitte gehen Sie dazu insbesondere auf Ihren Umgang mit jenen Infrastrukturprojekten ein, die sich in der aktuellen Legislaturperiode lt. erfolgter Evaluierung des Straßenbauprogramms^[2] als nicht mehr zukunftsfähig erwiesen haben.

Die Interessen der zukünftigen Generationen werden im politischen Entscheidungsfindungsprozess nur allzu oft ignoriert. Zwar gibt es Instrumente wie die Wirkungsorientierte Folgenabschätzung mit Kinder- und Jugendfokus, die dafür sorgen sollen, dass neue Gesetzesvorschläge auf ihre Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche hin untersucht werden, das ist aber in den meisten Fällen komplett zahnlos, wie eine Analyse der Kinder- und Jugendanwaltschaft gezeigt hat, und kommt in vielen Fällen - wenn es sich nicht um eine Regierungsvorlage handelt - gar nicht zur Anwendung. Wir wollen dafür sorgen, dass langfristiges Denken in allen Aspekten der Regierungsarbeit eine wichtige Rolle spielt, z.B. mit einem verbindlichen Jugendcheck und einer Zukunftsquote für das Budget.

In den vergangenen Jahrzehnten hat eine autozentrierte Siedlungsentwicklung vielerorts dazu geführt, dass der Stellenwert des Menschen hinter jenen des Automobils gerückt ist^[1]. Im Kopf so mancher Menschen ist die Verlustangst um den Parkplatz vor der Haustüre teils immer noch größer als die Sorge um die Gesundheit und das Wohlbefinden für sich und ihre Mitmenschen. Für einen bloß vermeintlichen persönlichen Nutzen nehmen wir aber in

Wirklichkeit in Kauf, selbst zu Gefährdeten und Geschädigten der Mentalität unserer automobilen Mitmenschen in der Nachbarschaft zu werden, die auf dieselben falschen Werbeversprechen einer Freiheit auf vier Rädern hereinfliegen.

Aktuelle Studien zeigen inzwischen einen alarmierenden Anstieg an Krebserkrankten bei den Jungen[1]. Schon heute sind in Österreich und Europa rund 10% aller Krebsfälle auf Umweltverschmutzung zurückzuführen[2]; allem voran steht hier die Kontaminierung unserer Atemluft und unserer Nahrungskette über Boden und Wasser durch Schadstoffemissionen aus dem motorisierten Straßenverkehr[3]. Selbst ausgewiesene Fachleute warnen inzwischen sogar von einem Desaster, wenn sich die Faktenlage weiter verdichtet, wonach die massenweise aus dem motorisierten Straßenverkehr herrührenden Mikro- und Nanopartikel Krebs im menschlichen Körper begünstigen[4].

Temporeduktion im motorisierten Straßenverkehr ist von der Unfallprävention bis zur Schadstoff- und Lärmentwicklung die wirksamste und kosteneffizienteste Einzelmaßnahme, um die Gesundheit und das Leben von Menschen zu schützen[5].

Frage 3: Mit welchen politischen Mitteln werden Sie den Austrag von straßenverkehrsbedingten Abrieben eindämmen?

NEOS hat die Vereinfachung von Tempo 30 in Gemeinden begrüßt und besonders aus Sicherheitsgründen treiben lokale Ortsgruppen diese Forderung auch immer wieder stark voran. Auch die Förderung von öffentlichem Verkehr kann diese Abriebe so gesehen reduzieren und immer neue Erkenntnisse über Gesundheitsfolgen verschiedenster Materialien führen zu mehr Innovation in der Materialtechnik und damit hoffentlich zu einer zusätzlichen Reduktion des Abriebs.

Attraktive weltverbundene Siedlungsräume mit vielfältigem Freizeitangebot und mit Beschäftigungsmöglichkeiten in der Region sind das Fundament für sozialen Wohlstand und einen Alltag der kurzen Wege. Durch Schaffung und Sicherstellung von kurzen Lieferketten bis hin zur kleinräumigen Kreislaufwirtschaft entsteht eine resilientere Wirtschaft, von der wir alle profitieren.

Frage 4: Welche Maßnahmen planen Sie, um den Übergang von einem Alltag der langen Wege beim Güter- und Personenverkehr zu einem Alltag der kurzen Wege zu schaffen?

NEOS setzen sich beispielsweise für Maßnahmen zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft ein, die ein integrativer Bestandteil von Produktionsprozessen werden soll. Außerdem benötigen wir auf nationaler Ebene eine durchdachte Raumplanung, um die weiträumige Zersiedelung aufzuhalten und lokale Ortszentren zu stärken. Dazu beitragen soll die schrittweise Umwandlung der Pendlerpauschale in ein zielgerichtetes soziales Konzept zur Regionalförderung im Rahmen einer Steuerreform. Ebenso müssen die Standortbedingungen in Österreich verbessert werden, indem wir bestehende Bürokratiehürden abbauen und finanzielle Entlastung für Unternehmer:innen schaffen.

Menschen ohne eigenes Kraftfahrzeug oder ohne Führerschein werden v.a. im ländlichen Raum massiv diskriminiert, Abwanderung und Ortssterben sind die Folge.

Frage 5: Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um Mobilitätsarmut zu reduzieren und möglichst vielen Menschen insbesondere in infrastrukturschwachen Regionen ein weltverbundenes Leben ohne eigenes Kraftfahrzeug zu ermöglichen?

Aus Sicht von NEOS ist klar: In der öffentlichen Mobilität darf es keine Grenzen mehr geben. Es müssen auch die letzten Kilometer ohne eigenes Auto zurückgelegt werden können. Deswegen reformieren wir die ASFINAG weg von einer Autobahnagentur hin zu einer

Mobilitätsagentur, damit vorhandene Mittel in sinnvolle Mobilitätsinfrastruktur investiert werden können. Hierzu zählt nicht nur ein Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel im städtischen und ländlichen Bereich, sondern vor allem auch eine vernetzte Mobilität, die nahtlos ineinandergreift.

Ein Grund, warum viele auf ihren PKW angewiesen sind, ist die Zersiedelung und die damit einhergehenden weiten Wege für Grundbedürfnisse wie Wohnen, Freizeit, Versorgung oder Bildung. Es bedarf daher einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel bei der Stadt- und Raumplanungspraxis, um klimaschonenden Mobilitätsformen entsprechenden Platz einzuräumen.

Der Schutz unserer Lebensgrundlagen kann nur durch Wahrung des Rechts auf wirksame Beschwerde gewährleistet werden.

In Österreich wird aber bis heute Projekten Umweltverträglichkeit bescheinigt, die dieses Attribut unter keinen Umständen verdienen[1]. Unzulänglichkeiten in den nationalen UVP-Verfahren haben mittlerweile dazu geführt, dass die EU gegen Österreich ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet hat[2].

Frage 6: Wie werden Sie Rechtsstaatlichkeit und wirksamen Menschen- und Umweltschutz bei Infrastrukturprojekten sicherstellen, insbesondere auch in jenen Fällen, die offenbar Anlass für die EU waren, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich einzuleiten?

NEOS unterstützen Maßnahmen, die zu einer Beschleunigung von UVP-Verfahren führen. Vor allem bei Infrastrukturvorhaben im Energiebereich sehen wir Handlungsbedarf. Dabei muss selbstverständlich die Wahrung aller Verfahrensrechte gewährleistet bleiben. Europarechtliche Vorgaben sind dafür natürlich natürlich konsequent einzuhalten.

Mit jeder Verkehrsinfrastruktur, jedem Verkehrsmittel und jedem Weg ist ein mehr oder weniger großer Ressourcenverbrauch und Energieaufwand verknüpft, der bei aktiver Mobilität am geringsten und beim Flugverkehr exorbitant ist. Durchschnittlich 50m²/Person fürs Wohnen[1] steht vielerorts ein weitaus höherer Flächenbedarf für den Verkehr[2] gegenüber, sogar einzelne Parkplätze sind größer als viele Kinderzimmer[3]. Radfahrende legen bei gleichem Energiebedarf im Vergleich zum durchschnittlichen Verbrenner eine ca. 20-mal höhere Distanz zurück und kommen auch gegenüber dem Elektroauto auf eine etwa 5-fach höhere Reichweite[4].

Frage 7: Welchen Beitrag werden Sie leisten, um den Menschen eine ressourcen- und energieschonende Mobilität zu ermöglichen?

Wie in Frage 5 bereits beschrieben, setzen wir auf einen Ausbau der öffentlichen Mobilität, eine ambitionierte Steuerreform und möchten den Ausbau von sicherer und baulich getrennter Fahrradinfrastruktur sowie von Gehwegen vorantreiben. Das langfristige Ziel muss sein, dass Mobilitätsangebote abseits des Pkw eine attraktive Alternative darstellen. Beim Pkw-Verkehr selbst wird durch den Hochlauf von emissionsfreien Fahrzeugen ebenso auf energieeffizientere Antriebstechnologien gesetzt. Wir unterstützen auch in diesem Sinne die europäische Regelung, ab 2035 nur mehr emissionsfreie Pkw neu zuzulassen.

Lebensgrundlagen zu schützen geht uns alle an. Es braucht vielfältiges Engagement von Menschen, die auch gegen den Widerstand verschiedener Lobbys Maßnahmen durchsetzen, um auch kommenden Generationen einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen. Egoistische und Partikularinteressen müssen allseits hintangestellt werden, um die Krisen unserer Zeit zu bewältigen.

Frage 8: (Weshalb) können sich Ihre Wählerinnen und Wähler am 29. September 2024 bei Ihnen und Ihrer Partei darauf verlassen, dass der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen oberste Priorität hat und nicht noch mehr Verkehr?

Weil NEOS seit seiner Gründung Umwelt und Wirtschaft verbinden. Davon zeugt auch unser ausführlicher Klima-Leitantrag. Wir bekennen uns klar zu den gemeinsamen Zielen auf EU-Ebene und wollen diese bestmöglich in Österreich umsetzen.